

# Gärtner-Zeitung

Organ des Verbandes der Gärtner und Gärtnerarbeiter, Sitz Berlin

Veröffentlichungsblatt der Gärtner-Krankenkasse (Ersatzkasse) Sitz Hamburg

**Bezugsbedingungen:** Vierteljährlich durch die Post  
25 M., unter Streifenband 56 M.

Schriftleitung und Versand: Berlin S 42, Luisenauer 1  
Postcheckkonto: Berlin 10 201, Albert Lehmann

Erscheint alle 14 Tage Sonnabends

In der Zeit v. 25. Febr. bis 10. März sind die Beiträge für die 9. u. 10. Woche fällig

## Neue Beitragsklassen

Den Preisen und Löhnen folgend, mußten weitere Beitragsstaffeln geschaffen werden. Sie sind ab 600 M. um je 100 M. gestaffelt und sind Beitragsmarken zu 700, 800, 900, 1000 und 1200 M. zunächst herausgegeben. Die Zuweisung in die einzelnen Beitragsstaffeln richtet sich nach dem Stundenlohn, gemäß unseren Satzungen. Die **Unterstützungen** erhöhen sich in den neuen Beitragsstaffeln in dem bisherigen Verhältnis.

Der Geldentwertung entsprechend, muß eine **Ausscheidung niedriger Beitragsstaffeln** erfolgen. Es werden demgemäß folgende Beitragsmarken mit Wirkung ab 1. März für **ungültig** erklärt: 20, 40, 52, 72, 90, 110, 120, 130, 140, 160, 180, 220, 240, 260, 280, 320, 360 M.

Es **gelten** demnach ab 1. März folgende Beiträge: 60, 80, 100, steigend um je 50 M. bis 600 M., dazu obige neueingeführte Staffeln. Die für ungültig erklärten Beitragsmarken sind sofort von den Hilfskassierern einzuziehen und an die Hauptverwaltung zurückzugeben.

Bei **Aufnahme neuer Mitglieder** sind ab 1. März als Beitrittsgeld mindestens zu erheben: 200 M. von männlichen, 100 M. von weiblichen und jugendlichen Mitgliedern. Den Ortsverwaltungen bleibt es überlassen, in Berücksichtigung örtlicher Verhältnisse, höhere Gebühren zu erheben. An die Hauptkasse ist in jedem Falle die Hälfte der Beitrittsgelder abzuführen.

## An alle Kassierer! Schnellere Abführung der Gelder!

Mehr denn je müssen wir dafür sorgen, alle einlaufenden Gelder schnellstens abzuliefern. Jeder weiß, daß das heute verdiente, aber erst in zwei oder drei Wochen ausgezahlte Geld die Hälfte oder noch mehr seines Wertes verloren hat. Deshalb ist jeder bestrebt, sein Geld schnell in die Hand zu bekommen. Selbstverständlich gilt das auch für die Organisation, damit dafür sofort Bedarfsartikel gekauft oder das Geld nützlich angelegt werden kann, und um für alle Fälle gerüstet zu sein, wenn ein Kampf ausbricht. Heute werden unsere Gelder erst 2-3 Monate nach der Einkassierung ihrer eigentlichen Verwendung zugeführt. Wenn wir diese Zeit abkürzen, so können große Summen erspart und nützlicher verwendet werden.

Wie können wir dies Ziel erreichen, ohne unseren ohnehin schon überlasteten Kassierern das Leben noch schwerer zu machen? Auf einfache Weise! Jeder von ihnen bekommt vom Gauleiter eine Anzahl Zahlkarten für das Postscheckkonto. Hat der Kassierer einige Tausend Mark beisammen, so zahlt er das Geld ein. Den Abschnitt behält er als Quittung zurück und legt ihn bei der nächsten persönlichen Abrechnung dem Kassierer als Beleg vor. Werden neue Marken gebraucht, so wird die Bestellung auf dem Abschnitt für Mitteilungen vermerkt. Durch diese Handhabung wird dem Kassierer viel Zeit sowie dem Verband viel Fahrgeld erspart und er erhält gleichzeitig die Einnahmen sofort. Für den Unterkassierer hat es außerdem noch den Vorteil, daß er das Geld nicht längere Zeit zuhause behalten muß, was heute unsicherer denn je ist.

Den Gauleitern ist Mitteilung gemacht, daß sie dieses Maßnahme sofort durchführen und sämtlichen Kassierern Zahlkarten zugehen lassen.

Wir ersuchen empfindliche Gemüter, hierin nicht wieder ein Mißtrauen zu erblicken. Uns wurde schon öfter mitgeteilt, daß manche Kassierer sich weigern, das Geld schneller abzuführen und sogar mit Amtsniederlegung drohen. Das ist unverständlich!

Notwendige und dem Verband nützliche Maßnahmen müssen unter allen Umständen sofort durchgeführt werden.

Die Kassierer der Ortsverwaltungen werden dringend ersucht, auch ihrerseits jedes am Ort nicht benötigte Geld sofort der Hauptkasse zu überweisen. Musterhaft sind in dieser Beziehung Erfurt und Lübeck, die fast jede Woche Geld einsenden.

**Beiträge sollen nicht länger als 14 Tage im voraus entrichtet werden.**

In letzter Zeit mehren sich die Fälle, daß Mitglieder ihre Beiträge für ein Vierteljahr im voraus entrichten. Die Absicht dabei ist, Geld zu sparen, weil man glaubt, die später erhöhten Beiträge nicht zahlen zu brauchen. Diese Mitglieder schädigen sich selbst. Wenn sie nämlich später in die Lage kommen, Unterstützung zu beziehen, so wird diese nach ihren Beiträgen berechnet und dann, den Verhältnissen entsprechend, viel zu niedrig sein. **Außerdem haben alle Mitglieder, die ihre Beiträge im voraus entrichten, bei Steigerung der Beiträge die fehlende Summe nachzuzahlen.** Die Kassierer benutzen zu diesem Zweck früher geltende Marken als Zusatzmarken.

**Vorsicht bei Stellenwechsel, beachtet die Lage des Arbeitsmarktes!**

In letzter Zeit ist es oft vorgekommen, daß Mitglieder ihre Arbeit aufgeben und ohne vorherige Anfrage nach irgend einer Großstadt kommen. Sie sind der Ansicht, daß im Februar, wie das früher der Fall war, die Konjunktur schon wieder beginnt. Das ist ein Irrtum! Zurzeit liegt der Arbeitsmarkt noch überall still. In Berlin sind über 400 arbeitslose Kollegen, auch in Hamburg ist die Beschäftigungsmöglichkeit erheblich zurückgegangen. Jedes Mitglied soll sich, bevor es nach einer anderen Stadt reist, erst bei der Organisation erkundigen, wie die Lage dort ist. Anfragen ist Rückporto beizufügen.

Die Hauptverwaltung.

## Wahnsinn oder Vernunft?

Seit vier Wochen sind die Augen der ganzen Welt auf das Ruhrbecken als dem Brennpunkt Europas gerichtet, mit atemloser Spannung verfolgt man den heldenhaften Kampf des passiven Widerstandes einer fest entschlossenen und trotz aller Herausforderungen besonnenen Bevölkerung gegen brutale Gewalt und nackte Profitsucht in der brennenden Erwartung, er möge zum Siege der Vernunft und damit zu einem verheißungsvollen Anfang wahrer Völkerversöhnung führen! Klar ist für alle, daß hier über das Schicksal Europas gewürfelt wird, deshalb ist mehr als je die Frage berechtigt, ob sich dieser in der Maske des Rechts einherschreitende Rechtsbruch nicht hätte verhindern lassen können.

Es unterliegt sicher keinem Zweifel, daß gerade die sogenannten „vaterländischen“ Kreise Deutschlands, die Kapitalisten, Monarchisten und Nationalisten keine einzige Gelegenheit vorbegehen ließen, um ihren Klassengenossen und Geistesverwandten jenseits der deutsch-französischen Grenzpfähle zu verstehen zu geben, daß sie Gegner jeglicher Erfüllungspolitik seien, obgleich wir nicht nur rechtlich, sondern vor allem moralisch zur Wiedergutmachung der Verwüstungen im Rahmen unserer Leistungsfähigkeit verpflichtet wären. Und diesen Beschluß bestätigten sie im eigenen Lande durch Kapitalverschiebungen, Steuerdrückebergerei und wüste Beschimpfungen der deutschen Republik, deren jeweilige Regierung sie so lange an allen praktischen Wiederaufbauversuchen hinderten, bis sie durch besondere Verträge ihren eigenen Profit winken sahen. Sie wollten sämtliche Lasten der Reparationen auf die Schultern der Arbeiter abschieben, die trotz niedriger Papiermarktlöhne länger arbeiten sollten, um nur ja den Export mit seinen Valutageschäften

Ab 1. März verdoppeln sich alle Portobeträge.

nicht zu gefährden. Man stemmte sich gegen Marktstabilisierung und Wucherbekämpfung, rasselte mit dem Säbel und leitete so Wasser auf die Mühlen der französischen Nationalisten, denen es leicht wurde, den bösen Willen Deutschlands und die Absicht eines Revanchekrieges zu konstatieren und damit den Vorwand für immer neue Quälereien zu geben. Doch hinter dem Rücken des Volkes verschachtelte man wertvolle Patente, baute Stickstoffwerke im „Feindesland“, stritt sich um die Quote der Beteiligung an einem alles beherrschenden europäischen Stahltrust und ließ auf Kosten der anderen alle kapitalistischen Raubinstinkte an der Börse austoben, womit die Geldentwertung und Lebenshaltung der breiten Massen einen nicht mehr zu unterbietenden Tiefstand erreichte. Diese Hyänen des Schlachtfeldes profitierten, ob der Dollar stieg oder fiel, denn ihre Aktien gingen hoch, je mehr Aussicht bestand, daß ihre Werke in die Hände des Eroberers gerieten. Das hat Oberschlesien schon vor Monaten gelehrt! Und ausgerechnet die schärfsten Kämpfer gegen sozialistische Regierungen und „Verschleuderung der Substanz“ an den Feindbund ließen französischen Mitgliedern der Reparationskommission wissen, daß nur eine Regierung der deutschen Volkspartei eine diskontfähige Unterschrift geben könne. Woraus sich ergibt, daß diese Herren im Prinzip der Erfüllungspolitik gar nicht so ablehnend gegenüberstanden, wenn sie nur selbst als Regierung die Möglichkeit gehabt hätten, dabei Geschäfte unter sich — also nach Ausschaltung der Gewerkschaftskontrolle — zu machen.

Ähnliche Tendenzen finden wir auch auf der Gegenseite. Erst als die französischen Industriellen sahen, daß Deutschland das Menschenmögliche tat, um seinen Verpflichtungen nachzukommen und ihnen dadurch der fette Happen der deutschen Kohlschätze verloren zu gehen drohte, trieben sie ihren Vasall, die Regierung dazu, sich mit Gewalt der Pfänder zu bemächtigen, was diese nur gar zu gern tat, weil sie glaubte, daß der Zusammenbruch Deutschlands zum glorreichen Aufstieg Frankreichs führen müßte.

Militarismus, Imperialismus und Kapitalismus sind in ihrer täppischen Brutalität stets untrennbar verbunden! Wollten nicht unsere Industriemagnaten durch die systematische Zerstörung der französischen und belgischen Industrie und Angliederung der dortigen Erzbecken und Häfen sich ebenfalls eine Vorherrschaft auf dem Kontinent verschaffen? Würden nicht Hunderte von Bürgern zur Zwangsarbeit deportiert und mußten nicht unsere Halbgötter in Feindesland von jedem Zivilisten ehrfurchtsvoll begrüßt werden?

Aber das war ja alles im Krieg, den man von der Gegenseite führte, um die Welt vom preussischen Militarismus zu befreien, um der Gerechtigkeit, dem wahren Frieden und dem Selbstbestimmungsrecht der Völker zum Siege zu verhelfen. Was ist von diesen edlen Zielen noch übrig geblieben?

Alle unsere Vorschläge für eine vernünftige Lösung der Reparationsfrage sind abgelehnt worden. Eine Sanktion folgte der andern. Man stellte von vornherein unerfüllbare Forderungen, um dann desto leichter absichtliche Verfehlungen feststellen zu können. Das Ziel jahrhundertalter französischer Wünsche, seine Grenze an den Rhein zu legen, trat immer deutlicher hervor und wenn Macht vor Recht geht, kann man unbeirrt Ankläger, Richter und Vollstrecker sein. Dahinter steht als Folge einer falschen Rechnung auf Deutschlands Zahlungen bis zum Weißbluten ein ungeheures Defizit im französischen Staatshaushalt und andererseits eine im Hinblick auf unsere nationalistischen Maulaufreißer psychologisch wohl verständliche hysterische Angst vor einer deutschen Erhebung, die nochmals alle Schrecken des Krieges über das schwergeprüfte Frankreich hereinbrechen ließe.

Deshalb glaubt man durch einen Vorstoß ins Herz Deutschlands sowohl zu Geld und der Verschmelzung von Kohle und Erz zu kommen, als auch die Angst vor der Revanche zu bannen, obgleich man durch seine eigene Rücksichtslosigkeit gegen das deutsche Volk und sein demokratisches Staatswesen erst jene pseudo-patriotische Welle der Vergeltungspolitik erzeugt hat.

Ob Frankreich sein Ziel erreicht, erscheint noch ungewiß, das hängt in erster Linie von der Widerstandskraft unserer Arbeitsbrüder im Ruhrgebiet und davon ab, daß wir uns auf keinen Fall ins Unrecht setzen. Der Poincarismus wartet nur auf einen Empörungssakt der mit Revolverschüssen, Bajonetten und Revolverdrangsallerten Arbeiter, um mit Maschinengewehren vorgehen und der Welt verkünden zu können, daß Deutschland den Friedensvertrag als aufgehoben betrachte. Etwas derartiges muß unter allen Umständen verhindert werden, um uns die erst nach schweren Mühen wieder eroberten Sympathien des Auslandes nicht wieder zu verschmerzen. Wir müssen die berechtigten Forderungen der französischen Kriegsgeschädigten ohne Hintergedanken erfüllen, können aber mit Recht darauf hinweisen, daß die Besatzungsheere schon weit größere Summen verschlungen haben und daß nach der Belegung ein Recht auf

Leben hat, zumal das deutsche Volk nur ein Opfer seiner damaligen eriauchten Führer ist.

Es scheint vielen Arbeitern bei uns noch gar nicht zum Bewußtsein gekommen zu sein, daß dieser heuchlerische Vorstoß der französischen Reaktion in erster Linie arbeiterfeindlich ist, denn eine moderne Sozialpolitik ist nur auf Grund einer gesunden Wirtschaft möglich. Es sei nur an den Achtstundentag, die Krankenversicherung, Erwerbslosenfürsorge, Wohlfahrtspflege u. dgl. erinnert, die restlos zusammenbrechen und ein überfülltes, von riesiger Arbeitslosigkeit bedrohtes Land in die barbarische Zeit des Frühkapitalismus zurückstoßen würde.

Es handelt sich also um einen Entscheidungskampf zwischen Arbeiterschaft und Imperialismus, der von allumfassender Bedeutung ist, weil mit dem Mittel des passiven Widerstandes bisher noch nie gegen einen so mächtigen Gegner vorgegangen worden ist.

Ein Treppenwitz der Weltgeschichte ist es, daß gerade die wegen des Verständigungsfriedens so viel geschmähte Arbeiterschaft heute in vorderster Linie des Abwehrkampfes steht und allen Lockungen der Franzosen widersteht. Was würde wohl geschehen, wenn in allen Ländern die Ludendorffe und Poincarés ans Ruder kämen? Liegt es nicht im Interesse der ganzen Welt, daß die für die Völkerversöhnung kämpfende Arbeiterschaft erstarkt?

Darum müssen wir uns vor jedem falschen Patriotismus wie vor einem Gifthauch hüten und stets darauf hinweisen, daß es keine innere Gemeinschaft mit dem Kapitalismus und seinen faszistischen Trabanten, höchstens eine äußere Abwehrfront gegen feindliche Willkür geben kann. Die Verachtung gegenüber den französischen Machthabern darf nicht durch einen, heute übrigens undurchführbaren neuen „Freiheitskrieg“ kompromittiert werden, der nur die Reichseinheit und damit jeden Fortschritt der Arbeiterschaft, ja der Menschheit gefährden würde, weil sich dann die Gewalt nach innen und außen auf dem Rücken der Arbeiter ungehemmt austoben könnte.

Wir müssen Politik mit Verstand und Vernunft treiben, die durchaus kein Zeichen der Schwäche ist. Auf diese Weise halten wir am besten Haus mit unseren Kräften und bereiten am sichersten eine Intervention anderer Länder vor, für die ja die französische Gewaltherrschaft schon heute eine Gefahr bildet.

Deshalb muß sich die Arbeiterschaft Deutschlands ihrer großen Aufgabe und eigenen Kraft bewußt sein. Es geht um's Ganze!

Von außen dürfen wir auf tatkräftige Hilfe vorläufig nicht hoffen. Trotzki hat Nansen erklärt: Rußland will den Frieden und wird alles zu seiner Erhaltung tun. Die rein defensiven Absichten Rußlands werden auch im Ernstfall andauern. Dieser regierungsseltige Ausspruch ist im zerrütteten Wirtschaftsleben Rußlands, das der Ruhe dringend bedarf, begründet, steht aber in einem merkwürdigen Widerspruch zu dem parteioffiziösen Geschrei der Kommunisten nach der großen Aktion. Sie werfen der Gewerkschaftsinternationale Verrat vor, obgleich sie durch ihre Spaltungsmanöver erst die jetzige Schwäche der Internationale in Frankreich und Italien veranlaßt haben, so daß sie sich lediglich auf Proteste und Geldsammlungen beschränken kann. Vielerorts zittert auch der Haß über die deutschen Verwüstungen noch so nach, daß eine große Selbstüberwindung dazu gehört, die Ruhrinvasion als das zu betrachten, was sie wirklich ist.

Trotzdem freuen wir uns der zahlreichen Sympathien und des Opferwillens und begrüßen die Besonnenheit der Führer, ihre Maßnahmen nach dem wirklichen Machtverhältnis der Internationale zu treffen. Es würde sicher zu einer Katastrophe für die gesamte Arbeiterbewegung führen, wenn sie sich heute in einem Generalstreik stürzen würde. Oder sind die Verhältnisse in allen Ländern so reif, ist die elementare Aktivkraft der Arbeiterschaft überall so stark, daß man einen Sturz der betreffenden Regierungen und der gesamten Gesellschaftsordnung durch eine künstliche Revolution, in die zweifellos ein solcher Generalstreik ausmünden müßte, wagen könnte?

Die Beantwortung dieser Frage überlassen wir den Kommunisten, deren Zeitungsartikel in Paris mit Behagen abgedruckt werden, während man dort gleichzeitig ihre Führer verhaftet. Ohne Zweifel hat aber der Kampf der deutschen Arbeiterschaft unsere ausländischen Genossen zu starkem Druck auf ihre Machthaber und zu lebhaften Protestkundgebungen im ganzen Lande veranlaßt, von denen wir hoffen, daß sie die angelsächsischen Regierungen, die bei guten Willen hätten eingreifen können, aus ihrer lähmenden Gleichgültigkeit, kalten Vorsicht und Hilflosigkeit aufzurütteln.

Es handelt sich nicht um die Unterbringung rentabler Anleihen, sondern um die Verachtung eines Volkes, denn nach den Erklärungen des englischen Ministerpräsidenten Bonar Law im Unterhause verfolgt Frankreich das doppelte Ziel, Deutschland zahlen zu lassen, aber seine Erholung zu verhindern. Man

wünscht seine Zahlungen und fürchtet sie! Wo bleibt da die französische Ehre und vielgerühmte republikanische Tradition, die während des Krieges jeden als Helden feierte, der sich gegen deutsche Willkür auflehnte?

Vielleicht besinnt sich auch der fragwürdige Völkerbund auf sein eigenes Ansehen und verhilft dem internationalen Schiedsgerichtsgedanken zum Durchbruch, wenn nicht alle Hoffnungen der leidenden Menschheit auf eine bessere Zukunft schon jetzt vernichtet werden sollen.

Bis dahin gilt es, alles zu tun, um unsere Leidenszeit abzukürzen. Wir wollen nicht wieder, wie im Kriege, verschiedene Friedensmöglichkeiten verpassen, weil die eine Partei nicht eher verhandeln will, bis die andere ihre Truppen zurückzieht, während die andere dies nicht eher tun will, bis die andere verhandelt. Wir setzen, wie Crispian im „Vorwärts“ sehr richtig ausführt, diesem kapitalistischen Ehren- und Durchhaltestandpunkt bis zum bedingungslosen Siege den proletarischen Ehrenstandpunkt der friedlichen gemeinsamen Kulturarbeit aller Völker entgegen und verlangen von unserer Regierung, daß sie sich etwa bietende günstige Verhandlungsmöglichkeiten nicht zurückweist.

Außerdem fordern die Gewerkschaften erneut energischen Kampf gegen Wucher und Ausbeutung, für Brot und Unterstützung unserer kämpfenden Brüder an Ruhr und Rhein, denn Frost und Hunger zermürben den stärksten Willen. Wer demgegenüber die wahren Absichten der Unternehmer in bezug auf Lohnabbau und Arbeitszeitverlängerungen mit ihrem Geschrei über die Einheitsfront vergleicht, der wird verstehen, von wem der wirkliche Dolchstoß in unserem Befreiungskampfe geführt wird. Deshalb tut es doppelt not, daß man solchen Leuten nicht das Renommee verschafft, durch ihre Spenden zur Ruhrhilfe allein das Vaterland gerettet zu haben. Das ist Sache der Volksgesamtheit und nicht nur der Gewerkschaften, aber wir müssen eine Kontrolle über die Verwendung der Gelder haben, damit sie nicht Gelben und anderen Unternehmerlieblingen zufließen. Keinesfalls sollte man in der Gemeinsamkeit solcher Sammlungen eine Gefahr für die proletarische Sache erblicken.

Aber ganz abgesehen davon, ist schnelle Hilfe doppelte Hilfe, das muß sich jeder vor Augen halten, der sich unserem Wahlspruch anschließt.

„Nie wieder Krieg“.

W. R.

## Aufruf zu Neuwahlen von Betriebs-, Arbeiter-, Angestelltenräten und Betriebsobleuten.

Die Neuwahlen der Betriebsräte in den Jahren 1921 und 1922 sind von den Gewerkschaften einheitlich in den Monaten März, April durchgeführt worden. Wir fordern hiermit die Körperschaften des ADGB und des Afabundes auf, in Gemeinschaft mit den örtlichen Betriebsrätezentralen bzw. Betriebsräten auch für 1923 gemeinsame Termine festzulegen, zu welchen in allen Betrieben die Belegschaft die Neuwahlen der Betriebsräte vornehmen. Auch diejenigen Betriebsvertretungen, welche aus irgendwelchen Gründen erst im Laufe der Monate Mai bis Dezember 1922 gewählt worden sind, sollen ihre Ämter niederlegen und gemeinsam mit den Betriebsvertretungen, deren Wahlzeit im März/April 1923 abläuft, Neuwahlen vornehmen, um auf diese Weise zu einer möglichst übereinstimmenden Wahlperiode zu kommen.

So erstrebenswert in vieler Beziehung die einheitliche Durchführung der Neuwahlen ist, so empfiehlt sich trotzdem, auf die sogenannten Saisonbetriebe entsprechende Rücksicht zu nehmen. In Unternehmungen, die im Spätsommer oder Herbst die größte Anzahl Arbeitnehmer beschäftigen, z. B. Marmeladefabriken, Zuckerrfabriken, Betriebe der Landwirtschaft und Forstwirtschaft, ist es also zweckmäßiger, einen diesen besonderen Verhältnissen angepaßten Wahltermin festzulegen, welcher dann von den in Frage kommenden Gewerkschaften nach Möglichkeit zentral bekanntgegeben werden kann.

Der 11. Kongreß der Gewerkschaften Deutschlands, Leipzig 1922 hat bekanntlich zu der Frage „Betriebsräte und Gewerkschaften“ Stellung genommen. Die höchste Körperschaft der freigewerkschaftlichen Arbeitnehmer hat zu den Wahlen der Betriebsvertretungen nachstehenden Beschluß mit sehr großer Mehrheit gefaßt:

„1. Die Gewerkschaften haben die Wahlen zu den Betriebsräten planmäßig vorzubereiten. Die Aufstellung der Vorschlagslisten erfolgt durch die für die fraglichen Betriebe zuständigen Gewerkschaften, wobei die verschiedenen Berufsgruppen der im Betriebe beschäftigten männlichen und weiblichen Arbeitnehmer bei der Zusammensetzung des Betriebsrates nach Möglichkeit zu berücksichtigen sind. Sind in dem Betriebe mehrere Gewerkschaften vertreten, so haben sie sich über die Kandidatenaufstellung zu verständigen.“

2. Die aufgestellten Kandidaten müssen einer Gewerkschaft des ADGB angehören und, wenn sie Angestellte sind, bei einer der dem Afabund angeschlossenen Organisationen Mitglied sein. Bei der Auswahl der Kandidaten darf nicht die politische Richtung maß-

gebend sein, sondern es müssen berufliche Tüchtigkeit, geistige Strebsamkeit und gewerkschaftliche Erfahrung entscheiden.

3. Bei den Wahlen zu den Betriebsräten ist ein selbständiges Vorgehen der Gewerkschaften des ADGB, notwendig und eine Verständigung mit den Organisationen des Afabundes anzustreben. Wahlabkommen mit anderen Gewerkschaftsgruppen und Organisationen sind zu vermeiden.

4. Ist für einen Betrieb eine gewerkschaftliche Vorschlagsliste nach diesen Grundsätzen aufgestellt, so darf kein Mitglied einer dem ADGB, oder dem Afabund angehörenden Gewerkschaft sich als Kandidat einer Gegenliste aufstellen lassen.“

Es ist selbstverständliche Pflicht aller Gewerkschaftsangehörigen, ihre selbstgeschaffenen Gesetze zu beachten, so daß die Wahlen nur nach den in diesem Beschluß niedergelegten Grundsätzen durchgeführt werden dürfen.

Wir weisen noch eindringlichst darauf hin, daß alle Arbeitnehmer, Arbeiter sowohl als Angestellte, sich an den Wahlen beteiligen müssen.

Beteiligt sich eine Gruppe nicht, so verliert sie alle Rechte, die sich aus dem Betriebsrätegesetz ergeben, insbesondere den gerade in der jetzigen schwierigen Situation so wichtigen Entlassungsschutz. Auch wird von gewisser Seite, worauf wir nicht unterlassen wollen hinzuweisen, bestritten, daß, wenn eine Gruppe sich an der angesetzten Wahl nicht beteiligt, diese während des laufenden Wahljahres noch nachträglich diesen Fehler gutmachen kann. Eine derartige Gruppe von Arbeitnehmern (Arbeiter oder Angestellte) müßte also für ein ganzes Jahr auf ihre Rechte aus dem Betriebsrätegesetz verzichten.

Wie die Arbeitnehmer täglich erneut dafür eintreten müssen, ihre Rechte zu wahren, und wie es mithin selbstverständliche Pflicht aller Arbeitnehmer sein muß, sich in ihren Gewerkschaften zusammen zu schließen, so ist es ebenso selbstverständliche Ehrenpflicht aller Arbeitnehmer, errungene Rechte auszunutzen und zu erweitern.

Deshalb darf sich niemand von der Wahl zu den Betriebsräten ausschließen.

Kein Betrieb, für welchen eine Betriebsvertretung zuständig ist, darf ohne eine solche Betriebsvertretung sein.

In dieser Zeit der schweren Not ist es um so dringender erforderlich, daß unsere Anweisungen genauestens beachtet werden.

Auf zur Betriebsrätewahl 1923!

Der Geschäftsführende Ausschuß der gewerkschaftlichen Betriebsrätezentrale des ADGB und des Afa-Bundes.

## Betrachtungen zur Beitragsfrage!

Das neue Jahr hat bereits einige schwere Wochen für uns gebracht, noch schwerere werden folgen. Die Besetzung des Ruhrgebietes hat auf wirtschaftlichem Gebiet, sowie in politischer Hinsicht die schwersten Erschütterungen im Gefolge gehabt, ob die „Regierung der Tat“ diese verhindern konnte, darüber wollen wir hier nicht rechten. Nachstehende Zeilen sind unseren Aufgaben gewidmet, nämlich, wie ermöglichen wir den Fortbestand unserer Organisation und damit die Existenz unserer Mitglieder überhaupt.

Ausreichende Entlohnung und Ernährung sind die Forderungen des Tages, die erfüllt werden müssen, das heißt, wir haben mehr denn je und in immer kürzeren Zwischenräumen diese Forderungen den Unternehmern zu unterbreiten. Die Preise haben auf allen Gebieten eine Höhe erreicht, die den Menschen einfach zur Verzweiflung treiben müssen. Auf allen Gebieten und in allen Orten die unverschämte Bewucherung des Volkes! Wie stände es um die Arbeiterschaft ohne die Gewerkschaften? Diese Frage muß immer und immer wieder gestellt werden, wenn die Arbeiter glauben, mit den Maßnahmen der Gewerkschaften hadern zu müssen.

Noch sind die Gewerkschaften intakt, noch haben sie allen Stürmen trotzen können, doch machen sich Einflüsse geltend, die eine Gefahr für den Fortbestand bedeuten. Einmal ist die Gleichgültigkeit vieler Gewerkschaftsmitglieder, ganz gleich in welchen Organisationsangelegenheiten, zum anderen ist es die Geldentwertung, die uns in unserer Tätigkeit zu hemmen droht. Unsere Organisation muß um ihre Existenz so hart kämpfen wie jeder einzelne Kollege selbst. Aber der Kampf ums Dasein wird hoffnungslos, wenn die Organisation unterliegt. Auch dieses muß gesagt werden, denn die Stunde ist ernst und erfordert Anteilnahme aller, die um ihrer selbst willen mithelfen müssen, damit unsere Befürchtungen nicht zur Tatsac werden. Ist es denn wirklich so schwer, für den Verband, also für sich selbst, wöchentlich einen Stundenlohn zu opfern? Ist die Zeit schon wieder vergessen, wo viele unserer Kollegen einer Organisation angehörten, die die größten Opfer von ihnen verlangte, selbst das Leben, ohne daß man sie befragte, nämlich die militärische Organisation! Ich glaube, dieser Vergleich genügt, um auch den letzten aufzurütteln der diese Zeit schon wieder vergessen hat. Der Kampf aber, der jetzt geführt werden muß, der uns aufgezwungen wird durch die wirtschaftlichen Verhältnisse, er muß

geführt werden oder aber wir geben uns verloren, zur größten Freude unserer Gegner, die auf diesen Zeitpunkt schon lange warten. Was das heißt, braucht nicht erst gesagt zu werden, soviel Urteilsvermögen muß ein jeder besitzen, der aufmerksam die Geschichte unserer Bewegung verfolgt hat. Wenn daher in den nächsten Wochen und Monaten noch größere Opfer verlangt werden als bisher, so muß ein jeder sie gern und willig bringen. Er bringt sie nicht umsonst, denn sie fließen in seine Hände zurück und ermöglichen der Organisation auch weiterhin einzutreten für die Interessen der Gesamtmitgliedschaft.

Daß die Interessen der Mitglieder bisher in jeder Hinsicht gewahrt sind, dafür ist der Beweis erbracht. Der Gärtnereiarbeiter von heute schaut doch mit ganz andern Augen in die Welt als ehemals. Das Bewußtsein, mitwirken zu können bei der Regelung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse, hat allen seinen Stempel aufgedrückt. Den besten Beweis dafür erbringen dafür jene Orte, in denen früher die unbeschränkte Willkür der Unternehmer herrschte, so z. B. hier in Erfurt. Was in Jahrzehnten nicht möglich war, ist innerhalb weniger Jahre nachgeholt worden. Aus einer schwerfälligen, bedürfnislosen Arbeiterschaft, ist eine bewegliche, aufgeweckte gut organisierte Mitgliedschaft geworden, die den Unternehmern Achtung und Respekt abzurufen wußte. Das für Erfurt Gesagte trifft selbstverständlich auf viele unserer Verwaltungen zu. Was den Unternehmern trotz größter Anstrengungen im Laufe der letzten Jahre nicht gelungen ist, nämlich die Vernichtung unserer Organisation, das dürfen jetzt nicht die wirtschaftlichen Verhältnisse ermöglichen. Damit müssen und können wir fertig werden, wenn alle ohne Ausnahme ihre Verpflichtungen auch in finanzieller Hinsicht erfüllen.

F. Schulze, Erfurt.

## Arbeitskämpfe und Tarife

### Neuere Tariflöhne

(soweit bis 15. Februar 1923 bekannt.)

Infolge der kurzfristigen Lohnregelungen von zwei- bis einwöchiger Dauer, sowie des beschränkten Raumes unserer Zeitung haben wir davon Abstand genommen, die einzelnen Tarifabschlüsse in der Zeitung bekannt zu geben. Dafür bringen wir periodisch eine Zusammenstellung der tariflichen Anfangs- und Spitzenlöhne für Gärtner, Arbeiter und Arbeiterinnen in den größeren Orten, wobei zu beachten ist, daß bei einigen Angaben die Anfangslöhne der Arbeiter und Arbeiterinnen für Jugendliche von 14-15 Jahren eingestellt und durch Anmerkung gekennzeichnet sind. Aus einigen Orten liegen die Abschlüsse für die zweite Hälfte des Februar noch nicht vor; ferner sind einige Abschlüsse für die zweite Hälfte des Februar schon Ende Januar bei der Regelung für die erste Hälfte miterledigt worden, wobei es sich jetzt zeigt, daß diese der ganz enormen Preissteigerung nicht Rechnung getragen haben, so daß es sich als unhaltbar erweist, die Löhne für eine längere Zeit im voraus festzusetzen. Eine Nachzahlung ist in den seltensten Fällen zu erreichen.

Branchen: L. = Landschaftsgärtnerei; H. = Handelsgärtnerei; B. = Baumschulen; F. = Friedhofsgärtnerei; S. = Samenbau; Z. = Zechengärtnerei.

Ort	Branchen	Gärtner	Arbeiter	Arbeiterinnen	Geltung ab
Hamburg	L.	1170,00—1245,00	822,00—1211,00	870,00	16. 2.
Hannover	L.	430,00—640,00	400,00—610,00	210,00—285,00	3. 2.
Kassel	L.	550,00—700,00	350,00—650,00	—	1. 2.
Düsseldorf	L.	856,00—862,00	—	—	2. 2.
Köln	L.	1085,00—1100,00	1080,00—1090,00	—	8.—15. 2.
Essen *)	Z.	1575,00—1588,00	1031,00—1584,00	66 $\frac{1}{2}$ %	9. 2.
Bnd; Land.-T.	L.	464,00—692,00	10—5% weniger	—	5. 2.
"	H.	345,00—456,00	10—5% weniger	—	5. 2.
In Ortsklasse II sind die Löhne um 10 M., in III um 20 M. niedriger.					
Stuttgart *)	L.	530,00—600,00	420,00—560,00	—	1. 2.
" *)	L.	430,00—530,00	400,00—500,00	—	1. 2.
Württemberg	H.	300,00—450,00	330,00—400,00	189,00—277,00	5. 2.
"	L.	Die Landschaftszulage beträgt 30 M. pro Stunde.			
In Ortsklasse II sind die Löhne um 10 M., in III um 20 M. niedriger.					
München	L.	535,00—780,00	512,00—745,00	399,00—535,00	16. 2.
"	H.	455,00—700,00	432,00—665,00	319,00—455,00	16. 2.
Bayrisch. Land.-T.	L.	432,00—665,00	411,00—632,00	302,00—432,00	16. 2.
Ortsklasse Ib.	H.	410,00—630,00	389,00—599,00	287,00—410,00	16. 2.
" II	H.	387,00—595,00	367,00—565,00	271,00—387,00	16. 2.
" III	L.	Landschaftsgärtnerei in Ortsklasse Ib 70 M., in Ortskl. II 65 M., in Ortskl. III 50 M. Zulage pro Std.			
Erfurt *)	H.	396,00—675,00	180,00—673,00	171,00—405,00	9. 2.
Mühlhausen/Th.	B.	575,00—675,00	250,00—673,00	240,00—460,00	1. 2. *)
Ouedlinburg *)	S.	338,00—660,00	153,00—603,00	153,00—293,00	1. 2.
Dresden	L.	875,00—937,50	750,00—875,00	500,00	15. 2.
" *)	H.	336,00—456,00	360,00—408,00	101,00—240,00	2. 2.
"	F.	1050,00	1000,00	625,00	15. 2.
Breslau	L.	610,00—630,00	600,00	300,00	8. 2.
Schles. Baumschul.	L.	264,40—494,80	241,00—329,70	97,60—126,50	8. 2.
Berlin	L.	915,00—1615,00	895,00—960,00	620,00	15. 2.
"	B.	585,00—615,00	285,00—596,00	276,00—339,00	1. 2.
"	F.	1000,00	940,00—985,00	640,00—650,00	11. 2.
Ehemalige Krone *)	L.	440,00—880,00	400,00—800,00	240,00—480,00	1. 2.
Rathenow	B.	—	770,00—880,00	420,00—520,00	15. 2.
Königsberg	L.	467,00—500,00	305,00—429,00	166,00—189,00	16. 2.

Anmerkungen: \*) Dazu Hausstandsgeld 504 M. und Kindergeld 504 M. je Schicht. \*) Eingearbeitete. \*) Nicht eingearbeitete. \*) Die Anfangslöhne bei Arbeitern und Arbeiterinnen gelten für Jugendliche von 14—15 Jahren. \*) Bei den Spitzenlöhnen ist der Wert des Deputats hinzugerechnet. Der Anfangslohn der Arbeiter ist für Jugendliche von 14—15 Jahren. \*) Löhne der Arbeiter für über 20 Jahre alt. Bei Arbeiterinnen ist der Anfangslohn für Jugendliche von 14 Jahren eingesetzt. Verheiratete erhalten 20 M. mehr pro Stunde. \*) Der Kindzuschlag beträgt 80 M. für die Stunde.

## Berichte

### Eine Zigarre weniger . . .

Dieser Tage erhielt die Hauptverwaltung aus Altona die Anfrage, ob es nicht möglich sei, unser „Gärtnerei-Fachblatt“ wieder alle 14 Tage erscheinen zu lassen, die monatliche Erscheinungsweise befriedigt nicht. „Wir alle“, so heißt es weiter, „sind der Meinung, daß es ganz gut gehen müßte, vorausgesetzt, daß es dann für unsern Verband nicht zu teuer wird“ . . .

Diese Mitteilung ist ein erfreuliches Zeichen geistiger Regsamkeit und des Dranges nach Weiterbildung, und wir wünschen nur, daß es überall so wäre, denn dem Verband ist die Zeitung auf keinem Fall zu teuer, das trifft vielmehr nur auf einen Teil unserer Kollegen zu, der glaubt, die im Hinblick auf die Geldentwertung nur mäßige Preiserhöhung durch Abbestellung quittieren zu müssen.

### Was sind 80 Mark für die Februarnummer?

#### Eine einzige, noch nicht einmal gute Zigarre!

Um ein solches Linsengericht sollte man nicht die Vorteile einer guten Fachzeitung verkaufen, denn gerade heute kann sich nur der Tüchtige behaupten und es gilt alles das nachzuholen, was unsere Lehrherren unterlassen haben.

Andreas Voß

bittet uns um Veröffentlichung folgender Zeilen:

„Allen lieben Kollegen, die mich in der so sehr schweren Zeit durch eine Weihnachtsspende erfreuten, sage ich herzlichen Dank.“

## Rundschau

### Die Erleichterung der Lohnsteuer.

Nach den vom Steuerausschuß des Reichstags am 14. 2. gefaßten Beschlüssen sind die Gehalts- und Lohnempfänger an sechs vollen Arbeitstagen im Februar von Steuerabzügen befreit. Der Reichsfinanzminister ist ermächtigt, wenn es zur Angleichung an eine Lohnzahlungsperiode erforderlich ist, den Zeitraum anderweitig zu bestimmen. Die Abzüge von der Lohnsteuer sind ab 1. März 1923 wie folgt festgesetzt:

Bei Monatseinkommen:		Bei wöchentlicher Lohnzahlung:	
Für den Ehemann	800 M.	Für den Ehemann	192 M.
Für die Ehefrau	800 „	Für die Ehefrau	192 „
Für jedes Kind	4000 „	Für jedes Kind	960 „
Werbungskosten	4000 „	Werbungskosten	960 „

Diese Änderung macht den Versuch, die Steuerabzüge der Geldentwertung wenigstens einigermaßen anzupassen und Steuerrecht bei den Lohn- und Gehaltsempfängern abzumildern. Es ist zu hoffen, daß der Reichsrat den Beschlüssen des Steuerausschusses zustimmt.

### Der Mindestbedarf im Januar.

Aus den bekannten Aufstellungen des Dr. Kuczynski ergab sich als wöchentliches Existenzminimum eines Ehepaares mit zwei Kindern für Groß-Berlin:

	1. Monatshälfte	2. Monatshälfte
Ernährung	9463	16658
Wohnung	300	300
Heizung und Beleuchtung	3070	3819
Bekleidung	10539	12911
Sonstiges	7011	10113
	30383	43821

### 2. Dezemberhälfte 1922: 25579

Auf den Arbeitstag ungerechnet betrug der notwendige Mindestverdienst im Januar durchschnitt für einen alleinstehenden Mann 3161 M., für ein kinderloses Ehepaar 4739 M., für ein Ehepaar mit 2 Kindern von 6—10 Jahren 6195 M., auf das Jahr nach der 2. Monatshälfte ungerechnet 1164900 M., 1756500 M., 2286000 M.

Vom letzten Vorkriegsjahre bis zur zweiten Januarhälfte 1923 ist das wöchentliche Existenzminimum in Groß-Berlin gestiegen: für den alleinstehenden Mann auf das 1333,2 fache, für ein kinderloses Ehepaar auf das 1509,9 fache, für ein Ehepaar mit 2 Kindern auf das 1521,8 fache. An dem Existenzminimum in Groß-Berlin gemessen, war die Mark in der zweiten Januarwoche etwa ein-fünfzehntel Pfennig wert.

## Bekanntmachungen

Lübeck. Die Monatsversammlungen finden von jetzt ab am ersten Freitag nach dem Monatsersten bei Eggers, Stavenstr. 33, statt.

### Festlichkeiten.

Lankwitz. Frühlingsfest; Sonnabend, den 24. März, 8 Uhr, in Lehmanns Festsälen. Alle Kollegen sind herzlich eingeladen.

Redaktionsschluss der nächsten Nummer Mittwoch, den 28. Februar